

RUNDTISCHGESPRÄCH "KLIMAWANDEL UND ENERGIEPOLITIK: MAZEDONIEN, DEUTSCHLAND UND EUROPA"

Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung Mazedonien veranstaltete am 8. April 2010 in Skopje ein Roundtable-Diskussionsforum mit dem Thema „Climate Change and Energy Policies: Macedonia, Germany and Europe“. Anlass dafür war die aktuelle Ausgabe des Magazins ‚Political Thought‘ mit dem Titel ‚Climate Change and Energy Policy‘, welches die KAS Mazedonien in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demokratie in Skopje herausgibt. Diskussionsteilnehmenden waren Experten, welche sich beruflich mit verschiedenen Aspekten des Klimawandels und Energiepolitik auseinandersetzen.

Zuerst gaben die Diskussionsteilnehmenden einen Überblick über ihr umweltrelevantes Themengebiet und ihren Standpunkt. Der unbefriedigende Ausgang des Kopenhagen-Gipfels wurde kritisiert und mögliche negative Zukunftsszenarien aufgezeigt, sofern - global und national - keine strikteren Regelungen getroffen werden. In Mazedonien betreffen diese Szenarien vor allem die Landwirtschaft und die Wasserversorgung aufgrund der bisher mangelhaften Regelungen und dem fehlenden Bewusstsein in Bevölkerung und Politik. Deutlich wurde, dass die Regierung Mazedoniens grundsätzlich einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten möchte. Im Hinblick auf einen baldigen EU-Beitritt sind die Anforderungen der EU – insbesondere die Verringerung des Emissionsausstoßes – übernommene Zielsetzungen. Darüber hinaus wurden Chancen und

Herausforderungen des Klimawandels und der Energiepolitik diskutiert. Vor allem wirtschaftliches Wachstum geht mit einem erhöhten Energiebedarf einher. Unbedingt müssen dafür heute die Weichen durch eine adäquate Klima- und Energiepolitik gestellt werden, da erst auf lange Sicht die Maßnahmen wirken. Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit stellen keine Widersprüche dar, sondern können sich gegenseitig sektorübergreifend ergänzen. Zugleich müssen die Verbraucher ausreichend über Umwelttrisiken und Energiesparmöglichkeiten informiert werden. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als Beispiel genannt, weil hier ein hohes Umweltbewusstsein sowie eine Tradition des Umweltschutzes herrschen. Dies spiegelt sich in den Instrumenten der deutschen Umweltpolitik wider. Auf der politischen Ebene in Deutschland ist das Thema parteiübergreifend anerkannt und wird nachhaltig verfolgt.

Ebenso wurde auf die überstaatliche Tragweite des Klimawandels hingewiesen. In der internationalen Zusammenarbeit genießt dieses Thema eine hohe Priorität. Zusätzlich wurde auf den Zusammenhang zwischen Armut und Energie sowie die Auswirkungen von Energiearmut auf den Lebensstandard beleuchtet. Die Balkan-Region ist einerseits aufgrund der klimatischen Bedingungen (kalte Winter/heiße Sommer) sowie aufgrund der hohen Armutsquote besonders betroffen. Soziale und politische Faktoren wirken auf nationaler Ebene, welche für nachhaltiges Umweltverhalten ausschlaggebend sind und beachtet werden müssen. Alle Fachbereiche der Politik sowie die NGOs



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, zusammen zu arbeiten. Notwendig

AUSLANDSBÜRO MAZEDONIEN sind auch ein Netzwerk und die Zusammenarbeit zwischen den Umweltorganisationen.

9. April 2010

WWW.KAS.DE/MAZEDONIEN

Dadurch wird ein politisches Agenda-Setting fortwährend gefördert. Die Vision einer Vertreterin einer mazedonischen Umweltorganisation ist eine beachtliche Energieversorgung durch erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050. Die Republik Mazedonien hat dafür viel Potential vor allem für die Produktion von Wind- und Solarenergie, welches es zu nutzen gilt. Die Republik Mazedonien, Regierung sowie Bevölkerung, wurden insgesamt zu vermehrtem umweltpolitischen Engagement aufgefordert.

Mit dieser Veranstaltung ist ein weiterer Schritt gelungen, Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Abschließend äußerten die Veranstalter und Teilnehmenden die Hoffnung, dass durch diese Veranstaltung ein Anstoß zur vertieften Kooperation und Vernetzung der agierenden Gruppen aus Politik, NGOs bzw. Zivilgesellschaft gelegt worden ist. Die hohe Präsenz der Medien bestätigt das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an Klima- und Energiefragen. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist die weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema unabdingbar.